

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,  
Kersten Artus, Heike Sudmann, Tim Golke, Cansu Özdemir  
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Atomtransporte sind „Spiel mit dem Feuer“**

In den späten Abendstunden des 1. Mai 2013 geriet das Containerschiff „Atlantic Cartier“ der Reederei Atlantic Container Line (ACL) mitten im Hamburger Hafen in Brand. Mehr als 200 Feuerwehrleute von Berufs- und freiwilliger Feuerwehr, neun Boote und ein Löschroboter waren fast die ganze Nacht im Einsatz. Zunächst berichteten die Behörden lediglich von „Gefahrgut“ an Bord der „Atlantic Cartier“.

Nur wenige Hundert Meter weiter wurde der Eröffnungsgottesdienst des 34. Deutschen Evangelischen Kirchentages in der HafenCity gefeiert.

Wie erst 14 Tage später durch eine Schriftliche Kleine Anfrage (20/7891) der GRÜNEN einer größeren Öffentlichkeit bekannt wurde, hatte die „Atlantic Cartier“ auf mehreren Decks Autos und mehrere Hundert Container geladen. Es befanden sich unter anderem 8,9 t des Gefahrguts Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>), etwa 11 t radioaktive Brennstäbe, 3,8 t Munition, 180 t Ethanol an Bord sowie Raketenbrennstoff. Durch die Verbindung von Munition und hochgiftigem Uranhexafluorid bekommt der Brand der „Atlantic Cartier“ eine fürchterliche Dimension.

Mehrere Schriftliche Anfragen der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE in dieser und in der letzten Wahlperiode haben erschreckende Zahlen ans Licht gebracht; Uran in allen relevanten chemischen Verbindungen, inklusive Uranhexafluorid, Brennelemente, Abfälle jeglicher Form, kontaminierte Großkomponenten, jede Menge atomarer Müll und sonstige Bestandteile des atomaren Kreislaufs werden im Durchschnitt alle zwei Tage durch das Hamburger Stadtgebiet transportiert. Gegenwärtig – seit über zwei Jahren – ist die Ausschussberatung über den Antrag „Hamburger Hafen für Atomtransporte sperren!“ (Drs. 20/383) noch nicht abgeschlossen.

Der Brand auf der „Atlantic Cartier“ hat die radioaktiven Transporte in Hamburg in den Fokus der breiten Öffentlichkeit gebracht. Dabei hat die Informations- und Verheimlichungspolitik des Senats im Zusammenhang mit dem Brand der „Atlantic Cartier“ und mit den Atomtransporten allgemein das Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger in die Behörden schwer erschüttert.

Die Hamburgerinnen und Hamburger haben ein berechtigtes Interesse, über die Atomtransporte und ihre Risiken aufgeklärt zu werden – vor allem, wenn sie vor ihrer Haustür stattfinden.

Nur Transparenz kann verlorenes Vertrauen zurückbringen.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. die Öffentlichkeit über Transporte von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen in und aus dem Hafen von Hamburg sowie durch das Hamburger Stadtgebiet auf der offiziellen Internetseite der Stadt laufend zu informieren und

dabei folgende Angaben tabellarisch anzugeben: Transportdatum, Stoffart, Umfang und Menge, Gefahrgutklassifizierung, Aktivität der Kernbrennstoffe und sonstigen radioaktiven Stoffe, Behältertyp, Absender, Absendeort, Empfänger, Empfängerort, Transportmittel (Schiff, Lkw, Bahn), Umschlagort, Lagerzeit in Hamburg (< 12 Stunden, > 12 Stunden, > 24 Stunden),

2. bis zur Beschlussfassung der Drs. 20/383 – Teilentwidmung des Hamburger Hafens – umgehend verstärkte Kontrollen der Kernbrennstoff-, Uranhexafluorid-, Urandioxid-, Uranerzkonzentrat- und MOX-Transporte per Bahn, Schiff und Lkw durchzuführen,
3. zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um Atomtransporte durch die Freie und Hansestadt Hamburg zu untersagen oder planungsrechtlich beziehungsweise wegerechtlich auszuschließen,
4. der Bürgerschaft hierüber bis zum 31. Dezember 2013 zu berichten.